



Niederschrift

7. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 28.04.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE	Teilnahme für Herrn Wollenberg
Herr Klamke, Volker	SPD	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	Teilnahme für Herrn Gohlke ab 17:30 Uhr
Frau Benirschke, Eva	Grüne/B90	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Bittrich, Sabine	Migrantenbeirat	
Herr Engels, Florian	SPD	
Herr Lücke, Kevin	FDP/Familienpartei	Teilnahme bis 19:45 Uhr
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	

Nicht anwesend sind:

Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	Entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	Entschuldigt
Frau Michalske-Acioglu, Anke	SPD	Entschuldigt
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	Unentschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun Schriftführerin

Gäste

Frau Ewers, Josefine	auch Teilnahme für die Beigeordnete Bildung, Kultur und Sport
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule, Teilnahme zu TOP 2.1 bis 2.3
Herr Bogel-Meyhöfer, Wolfgang	Staatliches Schulamt
Herr Richter, Bernd	Werksleiter KIS, Teilnahme zu TOP 2.1 bis 2.4
Herr Lehmann, Dieter	BL Stadterneuerung, Teilnahme zu TOP 2.1 bis 2.3
Herr Wustrack, Torsten	AGL Verkehrslenkung u. -sicherung, Teilnahme zu TOP 2.5 und 2.6
Herr Werner, Robert	FB Schule und Sport
Herr Meergans, Harald	Freie Planungsgruppe Berlin, zu TOP 2.1
Herr Junge, Klaus	Bereich Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Frau Weigel, Christina	Schulleiterin OSZ II
Herr Nikoleit, Harald	Stellv. Schulleiter OSZ II
Herr Dr. Rauchfuß Dieter	Schulleiter Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium
Herr Lindner, Werner	Schulleiter Käthe-Kollwitz-Oberschule
Herr Brunzlow, Jan	PNN

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 24.03.2009
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 2.1 Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015
Vorlage: 09/SVV/0312
FB Schule und Sport
 - 2.2 Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden
Vorlage: 08/SVV/1052
Fraktion FDP/Familienpartei, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
 - 2.3 Neubau einer weiterführenden Schule an der Pappelallee
Vorlage: 09/SVV/0247
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/Familienpartei, Fraktion B90/Die Grünen
 - 2.4 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas
Vorlage: 09/SVV/0061
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
 - 2.5 Schulwegsicherheit Kreuzung Hebbelstraße / Kurfürstenstraße
Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0095
FB Ordnung und Sicherheit
 - 2.6 Schulwegsicherung Hort am Schulplatz 1
Vorlage: 09/SVV/0275
Fraktionen FDP/Familien-Partei, SPD
 - 2.7 Aufhebung der Entgeltordnung der städtischen Schwimmhallen und Strandbäder sowie Bootsplätze der Landeshauptstadt Potsdam vom 16.11.2001 zum 31.07.2009
Vorlage: 09/SVV/0255
FB Schule und Sport
 - 2.8 Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium
Vorlage: 09/SVV/0147
Fraktion FDP/Familien-Partei
 - 2.9 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE
 - 2.10 1. Berichterstattung zum Monitoring Schulessen
Vorlage: 09/SVV/0264
Fachbereich Schule und Sport
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 24.03.2009

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er fragt, ob es Änderungswünsche zur ausgereichten Tagesordnung gebe.

Herr Menzel erklärt, dass er wiederholt darum gebeten habe, das Problem Schulerweiterungsbau Groß Glienicke auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Schröder vertritt die Meinung, dass das Thema mit der Behandlung in der letzten Stadtverordnetenversammlung erledigt sei, da es formal nichts an der Situation zu ändern gebe. Aus fördertechnischen Gründen sei die Änderung der Planung nicht möglich. Er fragt, ob Herr Menzel einen neuen Sachstand habe.

Herr Menzel meint, man solle auf den Tisch legen, was in der Verwaltung schief laufe.

Herr Schröder gibt zu bedenken, dass es ein Schulerweiterungsbau für den Hort sei. Das falle in die Zuständigkeit des Jugendamtes.

Herr Menzel bittet darum, sich dazu mit Herrn Schröder zu verständigen.

Die mit der Einladung ausgereichte Tagesordnung wird bestätigt.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung am 24.03.2009 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
zu 2.1 Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015

Vorlage: 09/SVV/0312

Herr Schröder teilt zum Verfahren mit, dass der Schulentwicklungsplan in der heutigen Sitzung eingebracht werden soll. So habe man ausreichend Zeit für die Diskussion, da es Abstimmungsbedarf zu den Voten der Schulkonferenzen und in den Fraktionen gebe. In der Maisitzung sollte die abschließende Behandlung im Bildungsausschuss erfolgen, so dass die Beschlussfassung in der Junisitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen könne.

An die Ausschussmitglieder wird eine Übersicht zu den Stellungnahmen der Schulkonferenzen, Gremien und Institutionen ausgereicht.

Frau Ewers, Herr Meergans und **Herr Werner** machen anhand einer Power Point Präsentation Ausführungen zur vorliegenden Schulentwicklungsplanung.

Die Entwicklungsplanung für die Primarstufen orientiert sich am unterschiedlichen Bevölkerungswachstum in den Sozialräumen. Somit sind der Grundschulneubau

im Bornstedter Feld, der Erweiterungsbau der Grundschule Ludwig Renn in Eiche sowie der Ausbau der Rosa-Luxemburg-Schule geplant bzw. in Vorbereitung. Die Sekundarstufe I hat das durch den Wendeknick hervorgerufenen Schülertal bereits durchquert und steigende Schülerzahlen zu verzeichnen. In der Sekundarstufe II wird das Schülertal zum Schuljahr 2010/11 erwartet. Aufgrund der Nachfragesteigerung in der Sekundarstufe I sollen die Schulstandorte Schilfhof oder Haeckelstraße wieder aktiviert werden bzw. ein neuer Schulstandort im Potsdamer Norden errichtet werden. Parallel dazu müssen im Schülertal der Sekundarstufe II Maßnahmen getroffen werden, um Schulumwandlungen zu vermeiden. So soll am Standort Goethe-Schule ein Gymnasium neu errichtet und die Friedrich-Wilhelm-von-Steuern Gesamtschule ggf. durch eine Ausnahmegenehmigung als Gesamtschule am Netz gehalten werden.

Frau Ewers ergänzt, dass sich die im vorliegenden Schulentwicklungsplan angegebenen Zahlen zu Investitionen mit der Beschlussfassung zum Haushalt geändert haben und derzeit überarbeitet werden. Weiterführende Schulen und Oberstufenzentren betreffend wurde im Workshop die Zielstellung erarbeitet, die Schüler in den vorhandenen Schulgebäuden der Stadt unterzubringen. Man habe sich auf das vorliegende Modell verständigt, mit der Maßgabe, dass die vorhandene räumliche Kapazität ausreicht. Ihr sei bewusst, dass es verschiedene politische Meinungen gebe und die Verwaltung rechne mit Änderungsanträgen. Sie erläutert die Entwicklung der Schülerzahlen an den drei Oberstufenzentren der Stadt. Der Standort Schilfhof werde langfristig für eine weiterführende Schule benötigt. Deshalb habe man für die OSZ I und II zwei Varianten vorgeschlagen. Bei Förderschulen sei davon auszugehen, dass es immer Schüler gebe, die nicht integriert werden können. Deshalb gehe man davon aus, dass die Förderschulen bestehen bleiben können.

Herrn Schröder liegen Anträge auf Rederecht von Schulleitern vor, denen stattgegeben wird.

Frau Weigel bittet darum, der beruflichen Bildung größeres Augenmerk zu schenken, da sie ein Wirtschaftsfaktor ist und mit den allgemeinen Bildungsgängen verzahnt sei. Die Berufliche Bildung sollte nicht isoliert, sondern mit Wirkung auf die weiterführenden Schulen und besonders die Oberschulen betrachtet werden. Das Oberstufenzentrum II habe Diskussionsbedarf und werde auf die Fraktionen zukommen.

Dr. Rauchfuß führt aus, dass die 5-Zügigkeit für das Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium ein ernstes Problem darstelle.

Herr Lindner verweist auf die Gesamtschulen. Was draußen dranstehe, müsse innen drin sein. Zwei Gesamtschulen der Stadt seien eigentlich Gymnasien. Wenn man das berücksichtige, werde man das Anwahlverhalten anders beurteilen.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Frau Frevert verweist auf die gestrige Sitzung des Kreisschulbeirates. Man habe noch Klärungsbedarf. Die Stadt sollte sich Gedanken machen, wie man die Oberschulen stärken könne.

Dr. Steinicke schlägt vor, den Schulen die Möglichkeit der Anhörung zu geben.

Herr Schröder greift den Vorschlag auf, den Schulen eine Anhörung anzubieten

und dazu die Schulleiter und den Vorsitzenden der Schulkonferenz einzuladen. Die Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen vorzutragen.

Frau Ewers informiert, dass die gesetzlich erforderlichen Anhörungen der schulischen Gremien erfolgt seien.

Herr Menzel äußert den Wunsch, dass die Stellungnahmen der Schulkonferenzen an die Ausschussmitglieder verteilt werden.

Herr Bogel-Meyhöfer geht auf die Besonderheit Gesamtschulen in der Landeshauptstadt Potsdam ein. Nicht alle Gesamtschulen seien entsprechend stark nachgefragt. Er äußert den Wunsch an die Stadtverordneten, sich Unterschiede und Ursachen der Nachfrage anzusehen und mit dieser Erkenntnis Entscheidungen für die Schulentwicklungsplanung zu treffen, damit das Schulnetz für die nächsten Jahre auch tragfähig sei. Das vermisste das Staatliche Schulamt in dem vorliegenden Entwurf der Schulentwicklungsplanung.

Frau Ewers wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass es sich bei dem Entwurf des Schulentwicklungsplanes um eine mit der Politik und anderen abgestimmte Diskussionsgrundlage handele. Sachsen sei Pisasieger, weil es sein Schulgesetz nicht geändert hat und über ein nur zweigliedriges Schulsystem mit Gymnasium und Mittelschule verfügt. In der LHP seien die Oberschulen zu Restschulen geworden.

Unter TOP 4 Sonstiges verständigen sich die Ausschussmitglieder zum **Termin der Anhörung am 14.05.2009, um 17.00 Uhr.**

zu 2.2 **Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden** **Vorlage: 08/SVV/1052**

Herr Schröder schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2.2 und 2.3 zusammen zu behandeln und die Vorlagen getrennt abzustimmen.

Frau Engel-Fürstberger erläutert, dass der Bedarf einer weiterführenden Schule im Potsdamer Norden schon bald bestünde und nicht erst 2014/2015, wie im Schulentwicklungsplan vorgesehen. Dafür sei sofort ein Grundstück zu sichern.

Frau Ewers erklärt, dass der Bedarf einer weiterführenden Schule im Potsdamer Norden unstrittig sei. Derzeit erarbeite die Stadtentwicklung eine neue Rahmenplanung. Der Planungsstand des Schulentwicklungsplanes decke sich mit dem des Geschäftsbereiches 4.

Herr Lehmann informiert zur DS 08/SVV/1052, dass planerisch alle Standorte vergeben seien. Man habe mit dem Oberbürgermeister und dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld verabredet, in diesem Jahr einen Gesamtscheck der Entwicklung durchzuführen, die auch finanzierbar bleiben müsse. Der gewünschte Zeitraum 2012/2013 sei unrealistisch, da man bisher keinen Planungsvorlauf habe. Zur DS 09/SVV/0247 erklärt er, dass der Standort neben der Grundschule im B-Plan als Gewerbestandort ausgewiesen sei. Es habe eine europaweite Ausschreibung gegeben, die Erfolg hatte. Der Zuschlag sei erfolgt. Zur Zeit werden Verhandlungen mit dem Bieter geführt, der den Zuschlag erhalten habe.

Er unterbreitet den **Vorschlag, den Oberbürgermeister zu beauftragen, im Rahmen der für 2009 vorgesehenen Weiterentwicklung der Planungsgrundlage für die Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld Standortoptionen für eine weiterführende Schule zu prüfen.**

Herr Schröder erklärt, dass dort eine Gewerbefläche geplant sei, wäre bekannt gewesen. Anliegen des Antrages war es, das zu verhindern um einen Schulcampus zu entwickeln.

Herr Menzel verweist auf die Arbeitsgruppe 2. Grundschule im Bornstedter Feld vom 16.02.2009. Dort habe Herr Müller-Zinsius dazu aufgefordert, schnell zu reagieren und einen Antrag zu stellen.

Herr Schröder möchte wissen, wie rechtsverbindlich die Verhandlungen seien und welche Alternativen die Verwaltung für den Schulstandort sehe.

Herr Lehmann erklärt, was der Entwicklungsträger getan habe, ergebe sich aus der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung. Der B-Plan sehe Gewerbenutzung vor. Er halte es für problematisch, wenn eine europaweite Ausschreibung erfolgt sei und ein Bewerber den Zuschlag erhalten habe. Vor Jahren waren die Bedarfe laut Abstimmung mit dem Fachbereich Schule und Sport so nicht absehbar. Man sehe die Notwendigkeit, einen anderen Schulstandort zu finden. Wenn die Stadtverordneten den Auftrag erteilen, werde man sich um eine Standortfindung bemühen.

Herr Schröder möchte wissen, wann der Standort ausgeschrieben wurde.

Herr Lehmann reicht für das Protokoll folgende Information nach:

Die EU-weite Ausschreibung des Grundstücks erfolgte auf der Grundlage des mit Satzungsbeschluss vom 04.05.2006 und Veröffentlichung rechtsgültig gewordenen Bebauungsplanes Nr. 42.3 „Kaserne Pappelallee/Fachhochschule“. Die Ausschreibung für das 2-stufige Verfahren wurde am 09.10.2008 veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist endete am 02.04.2009.

Frau Drohla und **Dr. Steinicke** verweisen auf die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 24.02.2009, wo Herr Müller-Zinsius erklärt habe: „...man könne die Bebauung auf dem Nachbargrundstück fortsetzen und hätte gegebenenfalls Synergieeffekte für die Turnhalle...“

Frau Dr. Orlowski schlägt vor, beide Anträge abzustimmen.

Herr Schröder empfiehlt, eine neue Fläche zu suchen. Denkbar wäre eine Fläche an die Karl-Foerster-Schule anzukoppeln.

Herr Lehmann erklärt, das müsste Gegenstand der Prüfung sein.

Herr Stolpe meint, die Verwaltung sollte rechtliche Möglichkeiten prüfen, aus dem zur Zeit laufenden Verfahren herauszukommen. Man sollte prüfen, ob die gewünschte Fläche noch zu sichern sei und welche Möglichkeiten es gebe, dem Verhandlungspartner Alternativflächen anzubieten. Den Vorschlag der Verwaltung sollte man in den Antragstext der DS 08/SVV/1052 aufnehmen.

Herr Klamke hält den Zeitraum 2012/2013 für unrealistisch.

Herr Menzel möchte, dass das Vergabeverfahren gestoppt und geprüft wird.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich zu einem geänderten Antragstext der DS 08/SVV/1052.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der für 2009 vorgesehenen Weiterentwicklung der Planungsgrundlage für die Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld Standortoptionen für eine weiterführende Schule zu prüfen.

Vorhandene Infrastruktur der Karl-Foerster-Grundschule und der geplanten Grundschule an der Pappelallee sind bei der Standortfindung zu berücksichtigen, um Synergien zu nutzen.

Die Schule soll für das Schuljahr 2014/2015 erstmals anwählbar sein.

Ein erster Zwischenbericht ist im Ausschuss für Bildung und Sport im September 2009 zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

zu 2.3 **Neubau einer weiterführenden Schule an der Pappelallee**
Vorlage: 09/SVV/0247

Herr Schröder lässt die DS 09/SVV/0272 abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Fläche neben der neu zu errichtenden Grundschule an der Pappelallee für den Neubau einer weiterführenden Schule vorgehalten wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

zu 2.4 **Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas**
Vorlage: 09/SVV/0061

Herr Richter verweist auf die Ausführungen in der Sitzung am 24.03.2009. Die Objektliste wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Daraus sei zu ersehen, was in den kommenden Jahren tatsächlich zu realisieren sei.

Herr Menzel fordert, mehr Informationen zu bekommen. Aus der ausgereichten Liste sei nicht zu ersehen, ob es sich um den 1. oder 2. Rettungsweg handle. Er schlägt vor, den Antrag nichtöffentlich zu behandeln und dazu Vertreter der Bauaufsicht und der Feuerwehr einzuladen.

Herr Schröder stimmt dem grundsätzlich zu. Das Problem sei bekannt und die Umsetzung sei begrenzt. Er greift den Vorschlag auf, den Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 23.06.2009 vorzusehen.

Herr Engels erklärt, dass die Sperrung der Kopfräume für viele Schulen ein großes Ärgernis sei und für den normalen Schulbetrieb zum Problem werde. Er bittet den KIS, sich bei den Auflagen an die Schulen zurückzuhalten.

Herr Menzel verweist auf die Diskussion im Kreiselternrat und im Kreisschulbeirat. Er möchte die Protokolle der letzten Brandschauen einsehen.

Herr Richter erklärt, dass Brandlasten nichts in Fluchtwegen zu suchen hätten. Dafür müsse man bei Lehrern und Eltern um Verständnis werben. Die Prioritäten seien in der Übersicht deutlich gemacht worden. Der KIS habe die Zusage der Bauaufsicht, für die laufende Planung entsprechende Abstimmungen durchzuführen und zu realisieren.

Frau Frevert bestätigt, dass die Maßnahmen das Leben der Schule einschränken, aber notwendig seien.

Herr Menzel fordert eine Liste nach 1. und 2. Rettungswegen.

Herr Richter informiert, dass man diese nicht liefern könne. Man habe mit der Bauaufsicht einzelne Maßnahmen abgestimmt, jedoch nicht nach 1. und 2. Rettungsweg.

Herr Schröder empfiehlt, dass sich Herr Menzel und Herr Richter verständigen.

Die DS 09/SVV/0061 wird für die Tagesordnung der Sitzung am 23.06.2009 in nichtöffentlichen Teil vorgemerkt. Dazu sind je ein Vertreter der Bauaufsicht und der Feuerwehr einzuladen

Herr Menzel ist damit einverstanden, den Antrag zurückzustellen.

zu 2.5 Schulwegsicherheit Kreuzung Hebbelstraße / Kurfürstenstraße Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0095

Frau Engel-Fürstberger macht einleitende Ausführungen. Sie teile die Sorgen der Eltern.

Herr Wustrack informiert, dass das Anliegen seit Jahren Verwaltung, Polizei, Eltern und Schule beschäftige und über einen langen Zeitraum analysiert wurde. Das Ergebnis wird in der vorliegenden Mitteilungsvorlage dargestellt und begründet. In der Mitteilungsvorlage sei ausführlich begründet, warum es nicht zur Ausdehnung der Tempo 30-Zone kommen könne. Im letzten Jahr gab es in Potsdam 6.500 Unfälle. An diesem Standort sei nicht ein Unfall zu verzeichnen. Mit dem Problem Feinstaub beschäftige sich zur Zeit das Umweltamt. Man müsse die Ergebnisse abwarten. Bezüglich des Grünen Pfeils sehe man die Lösung in technischen Möglichkeiten. Man werde eine verkehrstechnische Untersuchung in Auftrag geben, ob der Grüne Pfeil entbehrlich werde. Das Ergebnis werde einem Sicherheitsaudit unterzogen und wird der Schulleitung der Eisenhart-Schule zur Kenntnis gegeben und mit ihr ausgewertet.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage 09/SVV/0095 zur Kenntnis.

zu 2.6 Schulwegsicherung Hort am Schulplatz 1 Vorlage: 09/SVV/0275

Herr Wustrack informiert, dass die Bewertung durch die Verwaltung noch nicht vorliege. Die abschließende Bewertung der Polizei stehe noch aus. In ein bis zwei Wochen sei das Ergebnis ausformuliert und werde den Stadtverordneten zugeleitet.

Frau Engel-Fürstberger verweist darauf, dass es ein Prüfantrag sei und bittet um Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, dass an allen angrenzenden Straßen rund um dem Hort am Schulplatz 1 eine Tempo-30-Zone eingerichtet wird.

Folgende Straßen sind dabei zu berücksichtigen:

- 1. Kirschallee (zwischen Pappelallee und Potsdamer Straße)**
- 2. Pappelallee (zwischen Kirschallee und Potsdamer Straße)**
- 3. Potsdamer Straße (zwischen Kirschallee und Pappelallee)**

Eine zeitliche Begrenzung der Temporeduzierung montags bis freitags von 06.00 bis 17.30 Uhr (Öffnungszeiten des Hortes) ist zu favorisieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 2.7

Aufhebung der Entgeltordnung der städtischen Schwimmhallen und Strandbäder sowie Bootsplätze der Landeshauptstadt Potsdam vom 16.11.2001 zum 31.07.2009

Vorlage: 09/SVV/0255

Frau Ewers erinnert an die Übertagung der städtischen Hallen- und Strandbäder im Jahr 2005 an die Stadtwerke Potsdam GmbH. Nach vier erfolgreichen Betriebsjahren solle der Prozess der Überleitung zum Abschluss gebracht werden. Sie bittet die Entgeltordnung aufzuheben und den Stadtwerken entsprechende Steuerungsinstrumente in die Hand zu geben. Ein städtischer Zuschuss für das Schul- und Vereinsschwimmen soll gemäß bestehendem Übernahmevertrag weiterhin in angemessener Höhe geleistet werden. Eine Einflussnahmemöglichkeit bleibe für die Stadtverordnetenversammlung über den Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH erhalten.

Frau Drohla verweist auf den letzten Absatz der Begründung und fragt, wie sich die Erhöhung des Zuschusses begründet.

Frau Ewers erklärt, dass diese steigenden Preisen und der Nachkalkulation aufgrund der Sanierung geschuldet sei.

Herr Menzel spricht sich dafür aus, Schwimmbäder nicht aus der Hand zu geben. Er beobachte, dass in Berlin die Eintrittspreise steigen.

Frau Benirschke sehe ebenfalls die Gefahr der Preiserhöhung.

Beschlusstext:

Aufhebung der Entgeltordnung der städtischen Schwimmhallen und Strandbäder sowie Bootsplätze der Landeshauptstadt Potsdam vom 16.11.2001 zum 31.07.2009.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 3

Die Vorlage ist abgelehnt.

zu 2.8 Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium

Vorlage: 09/SVV/0147

Frau Engel-Fürstberger bittet den Antrag zurückzustellen und das Ergebnis der Schulkonferenz abzuwarten.

Herr Menzel bittet zu klären, ob es an anderen Schulen mit Leistungs- und Begabungsklassen auch solche Bedarfe gebe.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 2.9 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung

Vorlage: 09/SVV/0137

Frau Drohla verweist auf die Diskussion in der Sitzung am 24.03.2009, in deren Ergebnis nur der Änderungsantrag der SPD angenommen wurde. Sie bringt folgenden **aktualisierten Ergänzungsantrag zu DS 09/SVV/0137** ein:

Um in der LHP die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu einem System integrierter Gesamtverantwortung zu entwickeln, wird der Oberbürgermeister beauftragt:

1. *Es wird eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die unter Leitung der Verwaltung tätig wird und der Vertreter der Fraktionen und der Gruppen der SVV im Ausschuss für Bildung und Sport, Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Vertreter der Kita's und der Schulkonferenzen angehören. Arbeitsgrundlage bildet der vorliegende Antrag 09/SVV/0137 der Fraktion DIE LINKE einschließlich des von der SPD eingereichten Fragenkatalogs.*
2. *Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe werden im September 2009 im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss diskutiert und bilden die Grundlage für ein zu erstellendes „Konzept der LHP für Bildung, Erziehung und Betreuung in Kita und Schule“.*
3. *Das zu erarbeitende Konzept ist im Dezember 2009 vorzulegen und soll auch die Position der LHP gegenüber dem Land Brandenburg beinhalten.*

Frau Dr. Orlowski könne dem Vorschlag folgen. Sie möchte, dass beim Workshop die Schulen, welche am Schulversuch MOSES beteiligt waren, einbezogen werden.

Herr Schröder sieht den Vorschlag als Weiterführung der AG-Schulentwicklung an. Um qualitative Arbeit zu machen benötige man mehr Zeit, denn diese müsse geleistet werden.

Frau Ewers erklärt, dass sie gegenwärtig die Diskussion der Schulentwicklungsplanung, die Erarbeitung des Schulwegsicherungskonzeptes, die Erarbeitung der Medienentwicklungsplanung (Bereitstellung von EFRE Geldern für Medienausstattung) und die Vertretung der Beigeordneten abzusichern hätte. Außerdem begleite sie die Programme Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions und Luftschiffhafen. Wenn sie die Leitung der Arbeitsgruppe übernehmen solle, sei das erst im Anschluss der Abarbeitung dieser Aufgaben möglich.

Herr Schröder verweist auf die Landtagswahlen im Herbst. Der Antragsteller sollte den Antrag zurückstellen.

Die Antragsteller stellen den Antrag zurück.

Frau Drohla und **Frau Dr. Orlowski** werden sich zu den eingebrachten Anträgen verständigen und eine neue Formulierung abstimmen.

zu 2.10 1. Berichterstattung zum Monitoring Schulessen
Vorlage: 09/SVV/0264

Frau Ewers verweist auf die umfassende Schilderung in der Tagespresse. Die erste Fragebogenaktion der AWO könne noch nicht als repräsentativ angesehen werden. Deshalb wurde im Februar eine zweite Fragebogenaktion durchgeführt. Die Ergebnisse sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Die 2. Berichterstattung ist im September 2009 vorgesehen.

Die Ausschusmitglieder nehmen die 1. Berichterstattung Monitoring zum Schulessen zur Kenntnis.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Ewers informiert, dass dem Kreisschulbeirat in der gestrigen Sitzung die „Richtlinie zur Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der überschulischen Gremien in der LHP“ vorgestellt wurde.

Zum Thema Amock und Gewaltprävention gab es Beratungen mit der Polizei und dem Ministerium. Am 25.05.2009 werde man in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt und der Polizei im Stadthaus mit den Leitern der Grundschulen und Horte und am 26.05.2009 mit den Leitern der weiterführenden Schulen, Oberstufenzentren, Förderschulen und Wohnheimen beraten.

Der Verlauf der Märkischen Bildungsmesse 2009 war der Tagespresse zu entnehmen.

Zu Schimmelbefall an Schulen sei mitzuteilen, dass der KIS an der Beseitigung arbeite. Die Turnhalle der Zeppelin-Grundschule sei im Januar erledigt worden. Die Turnhalle der Voltaire-Gesamtschule sollte bis zum 24.04.2009 erledigt sein. Die Turnhalle der Comenius-Schule werde bis zum 08.05.2009 erledigt sein. In der Turnhalle der Montessorischule erfolgen derzeit die Arbeiten. Sie wird noch bis zum 24.05.2009 gesperrt sein.

zu 4 Sonstiges

Die Ausschusmitglieder verständigen sich zum Termin der Anhörung der Schulen zum Schulentwicklungsplan. Vorgeschlagen wird der 14.05.2009, 17.00 Uhr. Die Schulen sollen um Rückmeldung der Teilnahme gebeten werden.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin